

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzelheft 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Schriftleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 67, Dreibundstr. 3

68. Jahrgang

Berlin, den 5. Februar 1930

Nummer 11

Niedergang oder Aufstieg

(Schluß)

So stehen wir im Buchdruckgewerbe inmitten einer sehr widerspruchsvollen wirtschaftlichen Gesamtlage vor Tarifverhandlungen, die am 11. Februar ihren Anfang nehmen werden. Nach den bis jetzt aus Prinzipalskreisen erkennbar gewordenen Absichten ist nicht damit zu rechnen, daß durch deren Antragstellung eine ernsthafte Bekämpfung der großen Arbeitslosennot erleichtert würde. Aus einem neueren Rundschreiben des Vorsitzenden des Kreises XI (Stettin) des Deutschen Buchdrucker-Vereins ist sogar zu entnehmen, daß infolge der unrentablen Festlegung des größten Teiles der bisherigen Erträge des Gewerbes in Erweiterungen und Verbesserungen der technischen Betriebseinrichtungen, durch die die Unkosten im Verhältnis zum Umsatz viel zu hoch wurden, nunmehr eine Rationalisierung des Personals durch dessen rückstandslose Auslese notwendig geworden sei. Ob von diesem Geiste auch die Prinzipalsanträge zur diesmaligen Tarifrevision getragen sein werden, wird uns ja die für nächste Nummer fallige Veröffentlichung dieser Anträge zeigen. Auf alle Fälle sind wir der Ansicht, daß es sich bei den kommenden Tarifverhandlungen in erster Linie darum handeln wird und muß, den zum größten Teil nur durch verfehlte Kapitalverwertungen verursachten Niedergang auch in unserm Gewerbe, der sich am sichtbarsten in einer immer größer werdenden Zahl arbeits- und damit einkommensloser Berufsgenossen auswirkt, nicht nur zu hemmen, sondern in eine ganz andere Richtung, d. h. zum Aufstieg, zu lenken.

Wir machen gar kein Hehl daraus, daß wir diese Aufgabe als eine der schwersten beurteilen, die auf tarifpolitischem Gebiet je zu erfüllen war. Und dennoch halten wir diese Aufgabe nicht für unlosbar. Denn die Verantwortung dafür, daß von Jahr zu Jahr die Zahl der für den Buchdruckerberuf ausgebildeten Kräfte weit über den gewerblichen Bedarf hinauswächst und dadurch im gleichen Verhältnis die Zahl der ständig oder wechselnd arbeitslosen Buchdrucker answächst, ist moralisch wie wirtschaftlich viel zu groß, um ihr noch mit Palliativmitteln begegnen zu können. Der Umstand, daß die gleiche Erscheinung für die meisten übrigen Wirtschaftszweige in Betracht kommt, kann und darf nicht dazu führen, diese Zustände als unabänderliches Faktum hinzunehmen. Sie sind durch menschliches Tun und Lassen hervorgerufen und geschaffen worden und können daher durch entgegengegesetztes menschliches Wirken auch wieder überwunden und beseitigt werden. Daß von Natur aus gegebene Hemmungen der menschlichen Wirtschaft nicht überbrückbar oder wandelbar wären, wird gerade durch die bisherige Gestaltung der Wirtschaft und der Technik in unsern Tagen stärker als je zuvor widerlegt. Das Buchdruckgewerbe ist in diesem Gesamtbild der Wirtschaftsentwicklung nur ein sehr kleines Teilchen und hat dennoch seit Anfang seiner Entwicklung bewiesen, daß in ihm Kräfte zur Auswirkung kommen können, die sein Geschick lenken und ihm eine gewisse Eigengefestigkeit geben. Erzwungenermaßen hat das auch die „Zeitschrift“, wir wir schon im ersten Artikel dieser Stellungnahme zur gegenwärtigen gewerblichen Lage festgestellt haben, zugegeben. Diese Übereinstimmung verleiht beiden Tarifparteien im Buchdruckgewerbe zur Bekämpfung der heutigen unhaltbaren Zustände im Gewerbe, legt aber beiden Tarifparteien auch eine unbedingte Verantwortlichkeit dafür auf, daß dies auf Wegen und mit Mitteln geschieht, die nicht nur theoretisch, sondern praktisch zum Ziele führen.

Die größte und gefährlichste Klippe, die einer allgemein betrieblichen Lösung des in Frage kommenden Problems hinderlich ist, ruht auf dem materialistisch-ideologischen Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit.

Auf Unternehmenseite herrscht die Auffassung, daß die Kapitalverwertung das höchste Gebot wirtschaftlicher und persönlicher Selbsterhaltung sei. Die freigewerkschaftlich organisierte Arbeiterkraft des Buchdruckgewerbes, und davon über 95 Proz. aller Buchdruckergehilfen, sind mit uns der Ansicht, daß die menschliche Arbeitskraft geistig wie körperlich der Träger aller menschlichen Kultur ist und das Kapital selbst nur aufgeschichtete Wertbildung aus menschlicher Arbeitskraft ist und sein kann. Daß sich diese Kapitalbildung in ihrer weiteren Verwertung auf dem Wege der Unterdrückung und sogar zur Ausschaltung von Millionen menschlicher Arbeitskräfte von ihren letzten Existenzgrundlagen im Produktionsprozeß zuputzen konnte, ist die Wurzel des heutigen Zustandes, der Unternehmer und Arbeiter einander als Gegner gegenüber treten läßt.

Es hat keinen Zweck, diese allgemeine Tatsache durch irgendwelche Ausnahmefälle verschleiern zu wollen. Die dadurch geschaffenen sozialen Gegensätze bilden das A und O der sogenannten beiderseitigen Beziehungen auf der Tarifpartei in den deutschen Buchdruckgewerbe. Die ganze Tarifgeschichte im deutschen Buchdruckgewerbe bildet eine fortlaufende und beweiskräftige Paraphrase der beiderseitigen Bestrebungen um einen gerechten Anteil aus den Erträgen des gewerblichen Produktionsprozesses, der sich in seinem ganzen Aufbau doch nur aus menschlichen Arbeitsleistungen zusammensetzt. Dabei hat sich nach und nach ergeben, daß die Kapitalverwertung auch im Buchdruckgewerbe über vernünftige Zweckmäßigkeitsgrenzen weit hinausgewachsen und daher nicht mehr in der Lage ist, ihrem eigentlichen Zweck, die durch das Gewerbe selbst herangebildeten menschlichen Arbeitskräfte und Kapitalwerte zu erhalten, in genügender Weise gerecht zu werden. Die Tatsache, daß die gleiche Erscheinung in fast allen andern Industrie- und Gewerbebezügen ebenfalls zu konstatieren ist, kann dies nicht rechtfertigen, sondern nur die gleiche kulturwidrige Tendenz der privatkapitalistischen Wirtschaftsform im allgemeinen bestätigen. Hätte die organisierte und subjektive Abwehrkraft der budgewerblichen Arbeiterschaft nicht seit vielen Jahrzehnten stärker und praktischer als in andern Arbeiterkreisen geltend gemacht werden können, so wären zweifellos die diesbezüglichen Gegensätze in unserm Gewerbe noch viel größer.

Und deshalb wird auch bei den kommenden Tarifverhandlungen eine gleichmäßigere Verteilung der Arbeitsgelegenheit auf alle dem Gewerbe zur Verfügung stehenden menschlichen Arbeitskräfte im Vordergrund stehen. Diese Forderung ist für die Arbeiterschaft eine Frage ihrer Selbsterhaltung geworden. Sie kann nicht tatenlos zusehen, daß ihre beruflichen Existenzgrundlagen durch einseitige und rückwärtschneidende Rationalisierung noch weiterhin erschüttert werden. Selbstverständlich zieht die Arbeiterschaft eine tarifliche Regelung dieser Angelegenheit vor und würde es begrüßen, wenn die Verhandlungen dazu führen könnten. Denn die Arbeiterschaft ist mit Recht der Ansicht, daß in einem Gewerbe, in dem es möglich war, allein in den letzten fünf Jahren den Produktionsapparat weit über den wirtschaftlich berechtigten Bedarf hinaus zu erweitern, endlich auch die Kraft und der Wille aufgebracht werden kann und muß, statt für eine weitere unproduktive Festlegung des größten Teiles seiner Erträge in überzähligen Produktionsmitteln für die Unterdrückung und Erhaltung seiner menschlichen Arbeitskräfte zu sorgen. Wie das geschehen kann, das bleibt zunächst dem tariflichen Verhandlungswege überlassen. Nur wenn sich auch auf Unternehmenseite der gute Wille zeigt und in die Tat umsetzt, das ernste Problem der Arbeitslosigkeit so zu lösen, daß auch die Arbeiterschaft dabei bestehen kann, wird ein neuer Tarifabschluß die

Möglichkeit einer Umwandlung der gegenwärtigen Lage des Gewerbes in einen Aufstieg erleichtern.

Wir glauben zum Schluß dieser Darlegungen nicht nötig zu haben, an die Arbeiterschaft im Hinblick auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen noch einen besonderen Appell bezüglich ihres Verhaltens in den kommenden Wochen richten zu müssen. Mit dem Bewußtsein, eine in gewerkschaftlicher Treue vom ersten bis zum letzten Mann eng verbundene Kollegenschaft hinter sich zu haben, werden unsere Organisationsvertreter in nächster Woche in die Verhandlungen der Tarifkommission eintreten. Mögen sich die Prinzipale und ihre Vertreter in gleicher Weise bewußt sein und bleiben, daß eine friedliche Verständigung mit den berufenen Vertretern der Arbeiterschaft jeder weiteren Verschärfung der sozialen Gegensätze für das gesamte Buchdruckgewerbe vorzuziehen ist!

Wechselnde Kampfmethoden

In dem Kampfe um ihre wirtschaftliche Machterhaltung haben die Unternehmer unerdulbar daran fest, daß sie unentbehrlich sind sowie ohne ihre Initiative und Tätigkeit die Wirtschaft zugrunde gehen müsse. In dieser Auffassung lassen sie sich durch nichts beirren, obwohl die Verhältnisse doch im Laufe der Zeit mancherlei Veränderungen erfahren haben, die geeignet sein sollten, diesen ihren Glauben zu erschüttern. Man darf sich darüber nicht wundern, ist es doch die Klassenstellung, die bei den Unternehmern genau so wie bei den Arbeitern für ihre jeweilige maßgebend ist. Eine Klasse ist nur lebensfähig, solange sie von ihrer Notwendigkeit und Unentbehrlichkeit überzeugt ist. Geht dieser Glaube verloren, so büßt sie damit ihre Existenzberechtigung ein und gibt sich selbst auf. Bei den Unternehmern liegt dieser Fall noch nicht vor. Trotz aller eingetretenen Wandlungen im Verhältnis zu Staat und Wirtschaft wie zu den Arbeitern betrachten sie es nach wie vor als selbstverständlich, daß ihnen eine bevorrechtete Stellung zukommt und diese aufrecht erhalten bleiben muß. Diese Auffassung haben sie von jeher vertreten, und nicht zum wenigsten hat ihnen die Energie, mit der sie dieselbe gegenüber dem Staat und den Arbeitern verfolgten, ihre heutige Machterhaltung herbeigeführt.

Dabei haben die Unternehmer ihre Kampfmethoden sehr häufig ändern müssen. Als das Bürgertum, in dem die Unternehmer von allem Anfang eine hervorragende Rolle spielten, sich als Klasse zu fühlen begann, hatte es die feudale Ordnung gegen sich, in der Adel und Geistlichkeit unter dem absoluten Königtum herrschten. Unter dem Kampfruf „Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit“, mit den Waffen der Aufklärung und dem Appell an die Vernunft zog es gegen die alte Ordnung zu Felde und zerkümmerte sie. Sein Sieg beruhte auf dem Glauben, daß die dem Volke verprophete Freiheit die wirtschaftlichen Kräfte zur ungehemmten Entfaltung führen, Glück und Wohlstand für alle erblichen und die Harmonie aller bis dahin widerstreitenden Interessen zustande bringen werde. Es kam jedoch anders! Die verprophete Interessenharmonie stellte sich nicht ein, die so viel gefeierte Freiheit erwies sich als brutale Ausbeutungsfreiheit und Gleichheit und Brüderlichkeit als leere Phrase. Das Ergebnis war das Entstehen eines stetig aufsteigenden, sich mehr und mehr seiner Klassenlage bewußt werdenden beschloßenen Proletariats.

Das Bürgertum und mit ihm die Unternehmer waren zur herrschenden Macht in Staat und Wirtschaft geworden, der das Proletariat in wachsender Feindschaft gegenüberstand. Seine Niederhaltung wurde zu einer ständigen Sorge für die Unternehmer. Noch war jedoch das Klassenbewußtsein in den ausgebeuteten Volksschichten zu schwach, so daß hierfür verhältnismäßig einfache Mittel genühten. Der Glaube an den Aufstieg durch eigene Tüchtigkeit war noch in weitem Umfange vorhanden und wurde von den Unternehmern geistlich genährt. Auf staatsrechtliche und wirtschaftliche Freiheiten hatte freilich das arbeitende Volk keinen Anspruch mehr. Die aus der großen französischen Revolution in dieser Richtung vorhandenen Ansätze wurden restlos beseitigt. Der Unternehmer herrschte mit unbedingter Autorität, die aufrechtzuerhalten ihm der Staat willig seine Polizeigewalt zur Verfügung stellte, wodurch es leicht gelang, die aufsteigenden Elemente der Arbeiterschaft in Schach zu halten.

Das Entstehen der Gewerkschaftsbewegung als Reaktion gegen die Ausbeutung der Massen durch den Kapitalismus schuf eine neue Phase in der Stellung der Unternehmer gegen die Arbeiter. Mit deren zunehmendem Klassenbewußtsein und der Erkenntnis ihrer sozialen Abhängigkeit erwies sich der Polizeinippel allein nicht mehr als ausreichend. In dem patriarchalischen Aufbau des Unternehmerrégiments zeigten sich Risse und Sprünge. Das Gefüge lockerte sich zusehends. Um es zusammenzufassen, sah man sich gezwungen, den Arbeitern gewisse soziale Zugeständnisse zu machen. Die Unternehmer fanden sich zur Schaffung von Wohlfahrtsanstalten bereit. Man schuf Betriebskrankenkasernen, Pensionskassen, baute Arbeiterwohnungen, errichtete Kinderheime, führte Prämien ein usw., wobei man in raffinierter Weise darauf Rücksicht nahm, daß diese Einrichtungen nur den zufriedenen Arbeitern dienen, die sich von den Lockungen der gewerkschaftlichen „Fehler“ fernhielten. Dadurch schlug man zwei Fliegen mit einer Klappe. Einmal konnte man vermittelst dieser Einrichtungen die Löhne der Arbeiter niedrig halten und ihre Ausbeutung steigern, zum andern brachte man die Arbeiter in größere Abhängigkeit von dem Unternehmen und erschwerte ihren Anschluß an die Gewerkschaftsbewegung. Im übrigen ging man rücksichtslos mit Maßregelungen vor.

Den Höhepunkt dieser Periode bildete die Einleitung der Sozialpolitik und die Schaffung der Sozialversicherung. Es war nicht höhere soziale Einsicht oder die Anerkennung der von den Arbeitern erhobenen wirtschaftlichen und sozialen Forderungen, wodurch die Unternehmer zur Unterstützung dieser Politik bestimmt wurden, sondern schlaue Berechnung. Man hoffte, die Arbeiter durch diese Zugeständnisse mit ihrem Schicksal und der bestehenden Wirtschaftsordnung versöhnen zu können. Auf der einen Seite die Hungerpeinliche und der Polizeinippel, auf der andern das Zuckerbrot; so war anscheinend nach jeder Richtung vorgefahren. Die Rechnung der Unternehmer hatte nur den einen Fehler, daß sie falsch war, sie sah in der Psyche der Arbeiter getuschelt. Es gelang ihnen weder die Arbeiter einzuschüchtern, noch sie zu überrennen. Trotz aller dahingehenden Versuche breitete sich die Gewerkschaftsbewegung immer weiter aus und nahm an Stärke und Einfluß zu.

Verhielten sich die Unternehmer bis zum Kriege und noch während desselben den Gewerkschaften gegenüber im allgemeinen durchaus ablehnend, so stellten sie unter den Anzeichen des drohenden Zusammenbruchs um. Die Gewerkschaften wurden von ihnen als die beruflichen Vertreter der Arbeiter anerkannt. Selbst die Schwerindustriellen bequemen sich hierzu. Und als der Zusammenbruch eintrat, ließ man sich sogar dazu herbei, mit ihnen Arbeitsgemeinschaften zu bilden. Umgekehrt hatten jedoch die Unternehmer nicht, obwohl sie dazu genügend Zeit hatten, sie machten lediglich aus der Not eine Tugend und packten sich vorübergehend den veränderten Verhältnissen an. Diese machten eine solche Umstellung notwendig, wenn die Unternehmer nicht zu noch weiteren Konzessionen gezwungen und ihre wirtschaftliche Stellung aufrechterhalten wollten. Ihre Taktik erwies sich nicht als ungeschickt. Sie half ihnen über die kritische politische Situation hinweg, bis die Zeit kam, wo sie wieder ihr wahres Gesicht zeigen konnten.

Gegenwärtig sind die Unternehmer wieder so weit. Der Arbeitsgemeinschaftsgedanke ist für sie, freilich auch für die Arbeiter, überwunden. Die Unternehmer wollen von Wirtschafts- und Betriebsdemokratie sowie der daraus folgenden Gleichberechtigung der Arbeiter nichts wissen. Mit der sich für die Arbeiter fortgesetzt verschlechternden Wirtschaftslage ist das Machtbewußtsein der Unternehmer wieder gewaltig gestiegen. Die Stärke der Gewerkschaftsbewegung hindert sie jedoch trotzdem, den früher rücksichtslos vertretenen „Serrin-im-Hause-Standpunkt“ ungeschminkt zur Geltung zu bringen. Mit den alten Mitteln ist in dieser Beziehung nichts mehr zu erreichen. Die Veröhnung der Arbeiter durch sozialpolitische Maßnahmen verspricht keinen Erfolg, auch erscheint diese Politik den Unternehmern zu kostspielig. Man hat die Sozialpolitik deshalb zum alten Eisen geworfen und bekämpft sie. Dagegen ist bei den Unternehmern wieder die alte Liebe zu den großen Wertvereinen erwacht, die man in jeder Weise zu fördern sucht, weil man von ihrer Unterstützung die Wiedereroberung der früheren Positionen oder doch eine wesentliche Stärkung gegen die gewerkschaftlichen Forderungen erhofft. Daneben sucht man mit der Werbung um die „Seele der Arbeiter“ neue Wege zu beschreiten, wozu Wertgemeinschaften, Wertzeitleitungen, technische Arbeitslehre usw. helfen sollen. Besonders Aufmerksamkeit wendet man hierbei den jugendlichen Arbeitern zu.

So haben die Unternehmer während aller Änderungen in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen eine außerordentliche Wandlungs- und Anpassungsfähigkeit entwickelt, ohne dabei ihr Ziel, die Aufrechterhaltung und Festigung ihrer wirtschaftlichen Herrschaftsstellung aus dem Auge zu verlieren. Zwar haben sie manche ihrer früheren für unerschütterlich angesehenen Positionen vor der vorwärts drängenden Gewerkschaftsbewegung preisgegeben und sich zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Konzessionen verstehen müssen. Noch aber steht der Kapitalismus im ganzen ziemlich unerschüttert da, und es wird noch manchen Ansturmes der Gewerkschaften bedürfen, um ihn auch aus seinen letzten Bollwerken zu vertreiben. Bis es dazu kommt, werden noch weitere Wandlungen eintreten. Man spricht ja schon heute von dem „neuen Unternehmer“. Doch erscheint das noch sehr verfrüht, und hat es keinen Zweck, sich durch Ueberschätzungen täuschen zu lassen. In ihrem Wesen und in ihrer Abneigung sind sich die Unternehmer gleich geblieben, und sie werden es auch in Zukunft sein, mögen sie davon auch noch außen nichts merken lassen. M.

Statistik der deutschen Sozialversicherung im Jahre 1928

III. Die Invalidenversicherung

Die überragende Bedeutung der Invalidenversicherung über die Unfallversicherung, trotz der geringeren Zahl der Versicherten (etwa 18 Millionen gegen 26 Millionen), beweist sowohl die Zahl der Renteneinpfänger als auch die fortgesetzte Steigerung der durchschnittlichen Individualrente und die damit gegebene Beeinflussung der Lage der arbeitenden Volksschichten.

Als Träger der Invalidenversicherung bestanden im Jahre 1928 29 Landesversicherungsanstalten und sechs Sonderanstalten, die seinerzeit mit Zustimmung des Bundesrates für Anstalten und Betriebe des Reiches, eines Bundesstaates oder eines Gemeindeverbandes eingerichtet worden sind. Nach dem Stande von Ende 1928 gehörten den Vorständen der Landesversicherungsanstalten und der Sonderanstalten 322 Mitglieder an, und zwar 111 beamtete, 206 nichtbeamtete und fünf sonstige Mitglieder. Im Kassen-, Büro- und Kanzleidienst waren 4480 Personen beschäftigt, daneben in Heilstätten, Gemeinshäusern, Zahnkliniken, Invaliden- und Waisenhäusern, die sämtlich von den Institutionen der Invalidenversicherung betrieben werden, noch 4368 Personen. Außerdem waren 614 Überwachungsbeamte vorhanden, die die Markenverwendung und ihre Richtigkeit zu kontrollieren haben. Denn von den 7051 Stellen, die 1918 noch mit der Einziehung von Beiträgen beauftragt waren, bestanden 1928 nur noch 202 Eingussstellen.

Die Zahl der Versicherten in der Invalidenversicherung ist nicht genau festzustellen. Auch das Reichsversicherungsamt ist auf Schätzungen angewiesen. Die Zahl ist auf rund 18 Millionen geschätzt worden, nämlich 10,8 Millionen Männer und 7,2 Millionen Frauen. Schätzungsweise stehen 16 380 000 Pflichtversicherten 1 620 000 freiwillig Versicherten gegenüber, wofür letztere fast ganz auf die Weiterversicherung entfallen. Die Zahl der Selbstversicherer wird auf höchstens 180 000 geschätzt. Auf Grund einer am 15. Juni 1925 aufgenommenen Altersstatistik der deutschen Bevölkerung ist mit Sicherheit in den nächsten Jahren nur auf einen äußerst schwachen erstmaligen Eintritt in versicherungspflichtige Beschäftigung zu rechnen, so daß als Kriegsfolge in den nächsten Jahren die Zahl der Versicherten eher sinken denn steigen wird.

Die Zahl der Wochenbeiträge, die im Jahre 1928 durchschnittlich auf einen Versicherten entfallen sind, ist auf 48 geschätzt worden. Die jeweiligen Verhältnisse des Arbeitsmarktes sind hier von ausschlaggebender Bedeutung, wobei zu beachten ist, daß 1929 sich der Beschäftigungsgrad im Vergleich zum Vorjahre wesentlich verschlechterte.

„Gatte die Invalidenversicherung auch im Jahre 1928, nach einem Vermögenszuwachs von 395 Millionen Mark zu vorzuziehen, so darf doch die geschätzte rückläufige Entwicklung um so weniger unterschätzt werden, als die Rentenbewegung fortgesetzt erhöhte Ansprüche stellt. Der Beharrungszustand, unter dem sich der Zugang mit dem Abgang ausgleicht, liegt in der Invalidenversicherung noch in weitem Felde. Er wird frühestens für das Jahr 1960 erwartet. Ob er überhaupt jemals eintritt, ist wegen der Veränderungen in der Geburtenhäufigkeit und Sterblichkeit mindestens zweifelhaft, zumal auch der Kreis der Rentenberechtigten infolge von Maßnahmen der Gesetzgebung nicht immer derselbe bleiben wird.“

Bei den Invalidenrenten war 1928 ein Zugang von 259 800 festzustellen, während der Abgang an Invaliden, Kranken- und Altersrenten nur 159 000 betrug. Die deutlich beobachtete Minderung der Sterblichkeit muß auch ihre Wirkung auf die Rentenbewegung ausüben. Der Bestand an Versicherten wird eine Verjüngung nach den höheren Lebensaltern hin erfahren. Damit wächst die durchschnittliche Invaliditätsgefahr. Außerdem verringert sich dabei die Zahl der Rentenempfänger. Beide Einflüsse erschweren die Erreichung des Gleichgewichtszustandes.

Auch bei den Witwenrenten wächst der Zugang. 1928 gingen rund 76 000 Witwenrenten zu, gegenüber 74 800 in 1927 und 60 700 in 1926. Der starke Zugang im Jahre 1927 erklärt sich aus der neuen Gesetzesbestimmung, wonach die Witwe, die das Alter von 65 Jahren vollendet, die Rente erhält, auch wenn sie nicht invalide ist. Auch die Wegfälle an Witwenrenten nehmen zu, wenn auch beträchtlich langsamer als die Zugänge. 1928 standen 76 000 Zugängen 21 489 Abgänge gegenüber.

Nur in der Zahl der Waisenrenten ist seit 1926 ein fortgesetzter Rückgang festzustellen. Obwohl der Bestand an Waisenrenten noch jetzt rund ¼ Millionen beträgt, war 1927 der Zugang doch um 49 335 und 1928 um 43 600 geringer als der Wegfall. Der Grund liegt offensichtlich in den steigenden Hindernissen für die Gesetzgebung (besonders im Wohnungsmangel) und der sich daraus ergebenden Abnahme der Kinderzahl.

Aber die ganze Rentenbewegung im Jahre 1928 gibt folgende Aufstellung einen Überblick:

Rentenarten	Bestand am 1. 1. 1928	Am 1. 1. 1929
Invalidenrenten	1796 881	1888 136
Krankenrenten	23 104	21 662
Witwenrenten	69 003	88 551
Invaliden-, Kranken-, Altersrenten	1 855 888	1 968 349
Witwenrenten	334 280	389 299
Witwenkrankenrenten	2 646	2 485
Witwen- und Witwenkrankenrenten	336 926	391 786
Waisenrenten (Stämme)	510 515	494 866
Waisenrenten (Einzeln)	779 384	735 884

Es flossen Mitte 1929 in der Invalidenversicherung rund 3 140 000 Renten der verschiedenen Arten. Davon waren

1877 142 Invalidenrenten im Durchschnittsalter von 64,31 Jahren	21204 Krankenrenten im Durchschnittsalter von 49,73 Jahren
37049 Altersrenten im Durchschnittsalter von 75,93 Jahren	387 628 Witwenrenten im Durchschnittsalter von 65,49 Jahren
2440 Witw.-Krankenrenten im Durchschnittsalter von 55,31 Jahren	

hierzu 735884 Waisenrenten auf 3031304 Renten

In dieser Aufstellung fehlen die Renten von vier ehemaligen Versicherungsanstalten.

Die Einnahmen aus Beiträgen betragen

1928 1076,8 Mill. Mark	1925 548,9 Mill. Mark
1927 875,2 Mill. Mark	1924 362,5 Mill. Mark
1926 659,9 Mill. Mark	1913 289,9 Mill. Mark

Die Höhe der Wochenbeiträge ist seit 1. Januar 1928 unverändert geblieben.

Die Verteilung der Wochenbeiträge auf die einzelnen Lohnklassen zeigt folgende Aufstellung:

Geschäftsjahre	Von 1000 Wochenbeiträgen kommen auf bis Lohnklasse						
	1	2	3	4	5	6	7
1913	74	194	244	170	318	—	—
1924	285	189	141	112	278	—	—
1925 (28. 9. bis 27. 9.)	203	185	124	96	392	—	—
1926 (28. 9. bis 27. 9.)	81	193	239	128	114	359	—
1928	73	169	181	122	92	363	—
1927 (1. 1. bis 26. 6.)	58	172	203	124	89	354	—
1927 (27. 6. bis 31. 12.)	43	126	156	122	102	451	—
1928	39	129	170	125	91	409	537
1929, 1. Gehaltsjahr	38	129	175	132	90	81	355

Jeder Aufbau höherer Beitragsklassen bewirkt eine Verschiebung in den Lohnklassen nach oben. Bis Ende 1899 gab es nur die vier unteren Lohnklassen, von 1900 bis 27. Oktober 1925 fünf, vom 28. Oktober 1925 bis Ende 1927 sechs und von 1928 ab sieben Lohnklassen. Die Beitragshöhe stellt sich jetzt auf 30, 60, 90, 120, 150, 180 und 200 Pf.

Bei der Verteilung der Wochenbeiträge (1928: 769 Millionen Stück) setzte sich die in den letzten Jahren beobachtete Verschiebung nach den oberen Lohnklassen fort. Die Ergebnisse des ersten Halbjahres 1929 zeigen, daß nach der Anzahl der Wochenmarken nur ein Drittel (35,5 Proz.), nach dem Wertbetrage aber mehr als die Hälfte (50,8 Proz.) aller Beiträge aus der siebenten Lohnklasse stammen. Um die Höhe des Lohnes beurteilen zu können, sei beifällig bemerkt, daß jetzt Löhne bis 6 M. pro Woche zur ersten, über 6 bis 12 M. zur zweiten, über 12 bis 18 M. zur dritten, über 18 bis 24 M. zur vierten, über 24 bis 30 M. zur fünften, über 30 bis 36 M. zur sechsten und über 36 M. zur siebenten Lohnklasse gehören.

Um in den einzelnen örtlichen Bezirken die Lohnhöhe für 1928 beurteilen zu können, mag noch folgende Übersicht Platz finden:

Wochenbeiträge	Wen 1000 vereinnahmten Wochenbeiträgen entfallen auf die Lohnklasse
Verpflichtungsanstalten	1 2 3 4 5 6 7
Bayern	287 315 70 67 90 98
Berlin	41 101 102 115 94 100 441
Brandenburg	50 186 202 101 101 104 205
Wormern	48 190 316 167 72 73 199
Wolfrum-Beckereichen	77 283 313 115 84 61 67
Sachsen	53 291 268 123 90 80 159
Sachsen-Anhalt	64 180 161 148 84 94 274
Schleswig-Volstein	35 163 198 140 70 84 302
Hannover	34 165 229 131 68 100 286
Sachsen-Altenburg	34 108 177 108 70 126 360
Meinungen	36 85 187 168 105 116 355
Meinungen	36 85 187 168 105 116 355
Niederrhein	25 162 208 106 76 89 274
Niederrhein	15 190 444 114 70 60 80
Wals	21 100 173 137 65 121 384
Niederrhein	20 139 373 114 85 96 174
Niederrhein	36 122 318 151 140 131 202
Mittelrhein	30 123 231 192 103 103 288
Unterfranken	35 193 260 198 91 106 252
Schwaben	10 121 264 161 110 115 210
Sachsen	39 127 134 137 112 118 333
Mittelrhein	31 120 174 148 109 124 269
Waden	46 117 189 172 111 115 300
Sachsen	49 130 168 140 94 112 300
Wesfalen	40 127 200 114 94 121 260
Sachsen	45 171 170 187 107 117 244
Sachsen	38 89 263 188 86 115 297
Sachsen	38 183 162 192 107 117 260
Sachsen	37 79 101 143 68 86 486

In Zinsen aus Kapitalanlagen erzielte die Invalidenversicherung:

1924	2 705 708 M.
1925	10 068 172 M.
1926	16 428 185 M.
1927	25 885 810 M.
1928	50 618 287 M.

Während im Jahre 1913 rund 52 Prozent der Rentenleistungen der Versicherungsanstalten (also ohne Reichszuschuß) aus Zinseinnahmen gedeckt wurden, konnten 1928 nur 7,5 Proz. der Rentenleistungen aus Zinsen bestritten werden.

In sonstigen Einnahmen wurden 67,9 Millionen Mark erzielt, von denen 27,6 Millionen auf die fortgesetzte Aufwertung und 40 Millionen auf Zollgelder des Reiches entfallen, die nach einem Gesetz vom 1. Oktober 1926 in jährlicher Höhe von 40 Millionen Mark der Invalidenversicherung bis 31. März 1935 zufließen.

Infolge der im Jahre 1928 eingetretenen Steigerung der Rentenleistungen durch 1. Erhöhung der Steigerungsbeträge für Beitragszeiten vor dem Währungsverfall, 2. Erhöhung des Kinderzuschusses von 0,90 auf 1,20 M. und 3. die Aufwertung der Renten auf volle 5 Pf. für den Monat oder das Vierteljahr übernahm das Reich den sogenannten Reichsbeitrag (nicht zu verwechseln mit dem Reichszuschuß zu jeder Rente), der für 1928 auf 124,57 Millionen Mark festgesetzt wurde. Die Höhe fällt mit der Zeit wegen des Annehmens der Deflationen betragsmäßig, die bei der Rentenberechnung zu berücksichtigen sind. Doch wird sich hieraus eine Belastung des Reiches schätzungsweise noch für etwa 60 Jahre ergeben.

Die Verteilung der Renten auf Reich und Versicherungsträger ergibt sich wie folgt:

Table with 4 columns: Year (1913, 1924, 1925, 1927-1928), Category (Zu Lasten der Versicherungsträger, Reichszuschuß, Selbstbeitrag), and Amount in Millions of Marks.

Die freiwilligen Leistungen der Versicherungsanstalten sind auch im Berichtsjahre wieder gestiegen. Um die drohende Invalidität eines Versicherten oder einer Witwe abzuwenden, kann ein Heilverfahren eingeleitet werden.

Table with 4 columns: Year (1926, 1927, 1928), Category (für Selbstverfahren, für Invaliditätshauspflege, für Heilanstaltspflege, Mehrleistungen nach § 1400), and Amount in Millions of Marks.

Unter den Ausgaben für Heilverfahren nehmen die Aufwendungen für die Bekämpfung der Tuberkulose, des Lupus und der Geschlechtskrankheiten den ersten Platz ein.

Die Zahl der abgeschlossenen Heilbehandlungsfälle betrug

Table with 4 columns: Year (1926, 1927, 1928), Category (Tuberkulose und Lupus, Geschlechtskrankheiten, Andere Krankheiten in ständiger Heilbehandlung, Andere Krankheiten in nichtständiger Heilbehandlung), and Number of Cases.

Unter den „andern“ Krankheiten, die eine nichtständige Behandlung erfordern, nahmen die Zahnkrankheiten einen breiten Raum ein.

Die Heilerfolge bei den Heilstätten behafteten Fälle schwanken je nach der Krankheit zwischen 71 und 96 Proz., beim Krebs konnte ein Heilerfolg von nur 40 Proz. erzielt werden.

In 114 eignen Heilstätten der Versicherungsträger mit 15 513 Betten wurden 98 245 Personen (einschließlich Kinder), versorgt. Ihre Betriebskosten stellten sich auf rund 34 Millionen Mark.

Die Verwaltungskosten der gesamten Versicherungsträger stellten sich 1928 auf 52,2 Millionen Mark. Sie betragen im Verhältnis zu den Beitragseinnahmen 4,9 Proz. Im Verhältnis zu den gesamten Ausgaben und zu den Ausgaben für Entschädigungen sind die Verwaltungskosten gegenüber dem Vorjahre gestiegen.

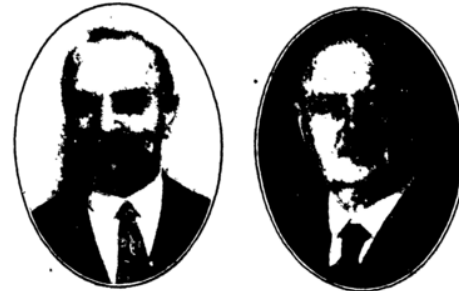
Sämtliche Träger der Invalidenversicherung haben für Ende 1928 ein Rohvermögen von 1336 Millionen Mark nachgewiesen, dem 58 1/2 Millionen Schuldverpflichtungen gegenüberstehen, so daß sich ein Reinerwerb von 1277 1/2 Millionen Mark ergab.

IV.

Die Krankenversicherung

Die lebhaft und mit Recht beklagte Zersplitterung in der Krankenversicherung ließ es zu, daß 1928 im Durchschnitt noch 7426 reichsgesellschaftliche Krankenkassen existierten. Durch

50 Jahre Verbandsmitglied



E. Kretschmar in Dresden. Eingetretten: 5. Februar 1880. Jetzt Invalide.

Arthur Eyle in Leipzig. Eingetretten: 7. Februar 1880. W. G. Teubner in Leipzig.

Zusammenlegung verschwanden gegen das Vorjahr ganze 33 Kassen. Die Zahl der Innungsrankenkassen mit durchschnittlich noch nicht 700 Mitgliedern hat sich sogar noch vermehrt. Das ist einfach ein Anflug, unter dem nur die Interessen der Versicherten leiden.

Aber die verschiedenen Kassenarten und die Zahl ihrer Mitglieder gibt folgende Tabelle Aufschluß:

Table with 5 columns: Kassenart, Jahresdurchschnittliche Klassen, Mitglieder im Jahresdurchschnitt 1928 (subdivided into Haupt, männliche, weibliche, verbl.), and Amount in 1000.

Die Versicherten vermehrten sich um 704 000, gegen 803 000 im Vorjahre. Außer auf die Einbeziehung der Seeleute in die Krankenversicherung (rund 54 000) ist die Vermehrung der Versicherten zurückzuführen auf die Erhöhung der Einkommensgrenze für die Pflichtversicherung von 2700 M. auf 3600 M. und den stärkeren Bedarf der „Wirtschaft“ an Arbeitsträften.

Die Konzentration der Presse

Die Konzentration des Kapitals ergreift jetzt in immer größerem Umfange auch die Presse. Es soll in diesem Artikel in groben Umrissen der Fortschritt dieser Konzentrationsbewegung dargestellt werden.

In England, dem Mutterlande der formalen Demokratie, gilt als Regierungsorgan die „London Times“, eine Zeitung, die sich dem jeweiligen Regierungskurs anpaßt. Ihr Besitzer ist Lord Walter. Der mächtigste Konzern der englischen Presse ist der Verlagskonzern. Sein Kapital stammt aus Kautschukgeschäften und aus der Kohlen- und Eisenindustrie.

kapitalistisch-imperialistischen Konzerne der Bern, Rothermere, Beaverbrock und Northcliffe, aber nur, um Freihandelsinteressen der Textilindustrie zu vertreten.

In den Vereinigten Staaten haben wir es mit einer Presse zu tun, die teils aus der englischen entstand und teils noch mit der englischen verbunden ist. Der bekannteste amerikanische Pressekonzern ist der von William R. Hearst, der mit seiner imperialistischen „New York American“ und seinen weiteren 47 Tageszeitungen sowie der weltumspannenden Nachrichtenagentur (die etwa 2100 Zeitungen der USA. allein versorgt) als der mächtigste der Welt gilt.

In Frankreich haben wir wohl die forumpierendste und bestschickteste Presse der Welt. Die Spitzenleistungen dieser Art vollbringt wohl der dem Parfümfabrikanten Coty gehörende „Le Figaro“, dessen Handelssteu. z. B. für etwa 200 000 Franken an die Pariser Bankprivatinteressen der Banque Parissienne verschafft wurde.

Die Krankheitshäufigkeit und die Krankheitsdauer ist gegen das Vorjahr gestiegen. 1928 wurden von den reichsgesellschaftlichen Krankenkassen 11,6 Millionen mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Krankheitsfälle mit 281 Millionen Krankentagen entschädigt, gegen 11 Millionen Fälle mit 257 Millionen Tagen im Vorjahr. Die durchschnittliche Krankheitsdauer stieg von 23,5 auf 24,2 Tage.

Die Reinerwerbungen der reichsgesellschaftlichen Krankenkassen beliefen sich 1928 auf 1952 Millionen Mark, davon aus Beiträgen 1913 Millionen Mark oder durchschnittlich 92,63 M. pro Mitglied. Die Höhe der Beiträge steigt. Sie stellten sich 1921: 56,54, 1925: 69,56, 1926: 74,37 und 1927: 82,54 M. pro Mitglied und Jahr.

Table with 3 columns: Krankenkassenart, Gesamtzahl, Auf 1 Mitgl. (subdivided into Krankentage, Krankentage ohne Reichszuschuß, Beiträge im Allgemeinen, Beiträge nach Anzeigebüro, Verwaltungskosten).

Von dieser Gesamtausgabe bei allen reichsgesellschaftlichen Krankenkassen entfielen auf

Table with 3 columns: Krankentage, Krankentage ohne Reichszuschuß, Beiträge im Allgemeinen, Beiträge nach Anzeigebüro, Verwaltungskosten, Gesamtzahl, Auf 1 Mitgl.

Die Verwaltungskosten betragen 6,6 Proz. der Gesamtausgaben oder 6,6 Proz. der Beiträge. Sie sind seit 1925 fast unverändert geblieben.

Die reichsgesellschaftlichen Krankenkassen leisteten an Krankenhilfe für Mitglieder

Table with 3 columns: Krankentage, Krankentage ohne Reichszuschuß, Beiträge im Allgemeinen, Beiträge nach Anzeigebüro, Verwaltungskosten, Gesamtzahl, Auf 1 Mitgl.

Die Krankenpflege für Familienangehörige erforderte für

Table with 3 columns: Krankentage, Krankentage ohne Reichszuschuß, Beiträge im Allgemeinen, Beiträge nach Anzeigebüro, Verwaltungskosten, Gesamtzahl, Auf 1 Mitgl.

Für die Krankenpflege der nicht selbstversicherten Familienangehörigen wurden also insgesamt fast 203 Millionen Mark verausgabt. Außerdem verdient hervorzuheben zu werden, daß die mütterlich unzufriedenen Ärzte allein aus den reichsgesellschaftlichen Krankenkassen (also außer Erstattungen und Privatpraxis) bare 385 Millionen Mark erhielten, auch für Arznei und sonstige Heilmittel hatten die Krankenkassen 212 Millionen Mark zu opfern.

in Frankreich als selbstverständlich und natürlich, daß derartige Geschäfte von der Presse gemacht werden.

In Deutschland schreitet die Konzentration der Presse auch munter fort. An erster Stelle steht der nationale Hugenbergkonzern. Von 3252 deutschen Zeitungen gehören ihm schon etwa 1600 Zeitungen direkt oder indirekt. Geistig beeinflusst er fast alle deutschen Zeitungen durch seine Nachrichtenagentur, die TU (Telegraphenunion). Er gibt in einer Maternzentrale für viele Provinzzeitungen Matern ab. Durch seine Mutuum-Darlehensbank hat er finanziellen Einfluss in viele Zeitungen. Durch die MA (Anzeigenvermittlungsbüro) versorgt er die deutsche Presse mit Inseraten. Durch den Scherl-Verlag in Berlin beherrscht er viele Zeitschriften und den bedeutendsten deutschen Kursbuchverlag (Strom). Die beiden nächstgrößten Pressekonzerne sind die von Wolff und Altheim. Zum Wolfkonzern gehören neben einer ganzen Reihe von Zeitschriften, „Berliner Tageblatt“, „Berliner Volkszeitung“, „Berliner Morgenzeitung“, „Berliner Abendblatt“ usw. Zum Altheimkonzern gehören neben einer ganzen Reihe von Zeitschriften wie „Uhu“, „Berliner Anzeiger“, „Koralle“, „Friedolin“ und „Dane“, die Tageszeitungen „WZ am Mittag“, „Berliner Allgemeine Zeitung“, „Börsliche Zeitung“, die „Grüne Post“, „Morgenpost“ usw. Dann gibt es noch eine ganze Reihe Konzerne der Provinzpresse, z. B. den Bayerischen Zeitungskonzern, der neben der „Miesbacher völkischen Zeitung“ noch 16 andre Zeitungen erfaßt; den Verbö (Verband oberbayerischer Zeitungsverleger) mit 19 Zeitungen; die Zeno (Zeitungsverlagsgesellschaft Nordwestdeutschlands) der Zentrumsparlei als einen der Zentrums-Zeitungskonzerne unter Führung des bekannten Zentrumspolitikers und -industriellen Ködner. Ich eripare mir nun die

Jeder Wochenhilfsfall verursachte einschließlich des Reichszuschusses durchschnittlich 138 M. Kosten und das Sterbedeckung stieg in der Gesamtsumme von 17,7 Millionen in 1927 auf 21,3 Millionen Mark in 1928.

Das Reinerlögen der reichsgefährlichen Krankenkassen stellte sich Ende 1928 auf 701 Millionen Mark.

Die knappschaffige Pensionsversicherung

Die Reichsknappschaff ist wie für die Kranken- und Invalidenversicherung auch Trägerin für die Pensionsversicherung, die für die im Bergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten eine Zwangsversicherung von altersher war.

Table with 2 columns: Category (Invalidenpensionäre, Alterspensionäre, Witwen, Waisen) and Amount (100 675, 24 249, 90 772, 62 640).

Rechnet man alle Leistungsausgaben auf Invalidenpensionen bzw. Aufgehender um, wobei die Witwen nur mit sechs Zehntel, die Waisen nur mit zwei bzw. fünf Zehntel in Ansatz kommen, so entfallen für Ende 1928 auf einen Invaliden bzw. Aufgehenden Empfänger als beitragszahlende Mitglieder bei den Arbeitern 2,79, bei den Angestellten 2,77.

Im Jahre 1928 wurden an Beiträgen, die zu zwei Fünftel zu Lasten der Unternehmer, zu drei Fünftel zu Lasten der Versicherten gehen, vereinnahmt in der Arbeiterpensionskasse 192 Millionen Mark, in der Angestelltenpensionskasse 30 Millionen Mark.

Schließlich sei nur noch festgestellt, daß 1928 der monatliche Durchschnittsbetrag der Pensionen betrug:

Table with 2 columns: Category (bei den Invaliden, bei den Witwen, bei den Waisen) and Amount (65,48 M., 30,88 M., 4,78 M.).

weitere Aufzählung der verschiedenen Konzerne und bringe einmal die Zusammenlegung der deutschen Presse aus dem vorigen Jahre, der eine Aufstellung des Hamburger Seminars für Zeitungsliteratur an der dortigen Universität aufgrund liegt.

Table with 3 columns: Name, Anzahl, Proz. (Parteilos, Sogenannte amtliche, Nationale, Zentrum, Bürgerliche, SPD, Bayerische Volkspartei, Demokraten, etc.).

Diese Zusammenstellung ist natürlich inzwischen etwas veraltet, aber sie zeigt auf jeden Fall eine starke bürgerliche Mehrheit. Die SPD hat nicht 166, sondern 194 Zeitungen, man hat bei dieser Aufstellung die Kopfschlatter nicht als eigene Zeitungen gerechnet.

Table with 2 columns: Category (für Aufgehender, für Witwenrenten, für Waisenrenten) and Amount (178,30 M., 83,07 M., 39,38 M.).

Wir beenden hiermit unsern Auszug aus dem sehr ausführlichen amtlichen Tabellen- und Textwerk über die Rechnungsergebnisse der deutschen Sozialversicherung. Er soll unsern Lesern für die in der Gesetzgebung aufs neue bevorstehenden Kämpfe um die Sozialversicherung einen Einblick gewähren in die gewaltige volkswirtschaftliche Bedeutung, die diese Versicherung in vier Jahrzehnten erlangt hat.

Korrespondenzen

Alfeld (Leine). Unsere Generalversammlung fand am 12. Januar statt. Vorsitzender Kiese begrüßte die erschienenen Kollegen und entbot allen die besten Wünsche.

Dresden. Inre Jahres-Hauptversammlung fand am 18. Januar statt. Unser noch junger Ortsverein (er wurde am 19. April 1925 gegründet) zählt heute 16 Mitglieder.

Dresden. Die Tagesordnung unserer Januarversammlung war ziemlich umfangreich und konnte trotzdem in verhältnismäßig kurzer Zeit erledigt werden. Stadtbürgermeister Rischard sprach eingangs über das Thema: „Wohnungsnot und deren Befämpfung“.

Frankfurt a. M. Unsere am 21. Januar abgehaltene Bezirksversammlung hatte einen für diese Verhältnisse guten Verlauf. Die Tagesordnung enthielt u. a. den Bericht des Kollegen Repts über die Gauvorsteherkonferenz und einen Antrag des Bezirksvorstandes auf Ausschluß des Sechers Peter Schröder.

Entschließung eines aus der SPD ausgeschlossenen Kollegen, die sich gegen die Ausschlußpolitik der Verbandsleitung, die staats- und wirtschaftsbeherrschende Praxis des ADGB, sowie gegen die neueste Taktik der SPD wandte, nur wenige Stimmen erhielt.

Geisingen-St. Rund zwei Drittel der hiesigen Kollegen hatten sich zur Hauptversammlung am 18. Januar eingefunden, ein Besuch, wie er auch dem Jahresdurchschnitt der jeweiligen Versammlungen entsprechen dürfte. Die Berichte des Vorsitzenden, des Bezirksleiters und des Bibliobekars gaben zu keinerlei Beanstandungen Anlaß.

Hamburg-Altona. In unserer gut besuchten Versammlung am 16. Januar wurde zunächst das Andenken verstorbener Mitglieder in üblicher Weise geübt. Einstimmig ausgeschlossen wurden wegen Reklamerens elf Kollegen und auf Grund des § 10 Absatz 1b der Verbandsstatuten Kollege Herberz Krang.

Kassel. (Maschinensetzer.) Am 10. Januar fand die Jahres-Hauptversammlung unseres Bezirksvereins statt, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Auch die Bezirksorte waren gut vertreten, bis auf Cobach, das wieder einmal durch Abwesenheit glänzte.

Kassel. (Maschinensetzer.) Am 10. Januar fand die Jahres-Hauptversammlung unseres Bezirksvereins statt, die sich eines guten Besuchs zu erfreuen hatte. Auch die Bezirksorte waren gut vertreten, bis auf Cobach, das wieder einmal durch Abwesenheit glänzte.

Zeitung, der „Kasseler Neuesten Nachrichten“ und dem Kasseler Tageblatt, wodurch einige Kollegen ihre Arbeitsgelegenheit verloren. Auch sonst sind einige Einschränkungen zu verzeichnen, so daß wir jetzt hier an Orte mehrere arbeitslose Maschinenführer zu verzeichnen haben. Der Kasselerstand ist als gut zu bezeichnen. Es wurde beschlossen, im Mai eine Wanderversammlung in Gießen zu veranstalten. Die Wahl des Vorstandes ergab einige Schwierigkeiten, da der Vorsitzende sowohl als auch der Schriftführer eine Wiederwahl ablehnten. Schließlich gelang es aber doch dem einmütigen Wunsche der Versammlung, den Vorsitzenden zur Wiederannahme seines Amtes zu bewegen, während für den Schriftführer ein Ersatzmann gewählt wurde.

Köln. In unserer Generalversammlung am 11. Januar konnte Vorsitzender Winter den jetzigen Geschäftsführer der Buchdruckerei, Kollegen Binner, begrüßen und herzlich willkommen heißen. Nach Erledigung einiger geschäftlicher Angelegenheiten erlittete der Vorsitzende den Jahresbericht. An etwa 150 durchreisende Kollegen sind im Laufe des Jahres ein bis zwei Mal Ortsbesuche (ausschließlich Übernachtung) bis Mitte des Jahres verbreitet worden. Am Ende des Jahres konnten leider infolge Erschöpfung der Kasse nur die Nichtbezugsberechtigten und Ausgelasteten ein Ortsbesuch von 1 M. erhalten. Nach dem Bericht machte der Vorsitzende noch darauf aufmerksam, daß arbeitslose Kollegen bei Annahme außerberuflicher Arbeit stets bei dem Arbeitsnachweis ihres Berufes ihre Anmeldung aufrecht erhalten müssen, um ihrer ersten Eintragung bei dem paritätischen Arbeitsnachweis nicht verlustig zu gehen. Weiter regte er an, daß, wenn Überstunden durch plötzlich zahlreich einlaufende größere Aufträge geleistet werden müssen, die arbeitslosen Kollegen berücksichtigt werden sollen. Nach dem Bericht des Kassierers ist der Kasselerstand durch die Erhöhung des Ortsbeitrags wieder ein gesunder. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt. Beschlossen wurde, das Stiftungsfest am 8. März dieses Jahres zu feiern. Vom Vorsitzenden wurde schließlich noch der Ortsausflugbericht erlassen.

Neuwied a. Rh. In der Jahres-Hauptversammlung am 18. Januar hatte einen guten Besuch aufzuweisen, möge es im ganzen Jahre so sein. Nach Begrüßung durch den Vorsitzenden Ehl wurden eine Aufnahme gestattet sowie zwecks Erhöhung unseres Lokalaufschlags ein dementsprechender Antrag angenommen. Die Beschlüsse der Gewerkschaftskonferenz wurden zur Kenntnis genommen. Anerkannt wurde die Fortdauer der Notstandsunterstützung. Im Jahresbericht des Vorsitzenden streifte dieser die wichtigsten Geschäftsjahre des verflochten ereignisreichen Jahres, insbesondere die des Arbeitsmarktes. Von 118 Mitgliedern am Orte sind zur Zeit 17 Erwerbslose, darunter 8 Ausgelastete. Die Wehrpflicht stellte eine Großdrucker, die durch Neuorganisation und Verschmelzung der hinter ihr stehenden Verbände mit anderen landwirtschaftlichen Organisationen Arbeitsmangel hervorrief. Lehrlingsleiter May gab den Tätigkeitsbericht der Lehrlingsabteilung. Reiche und ersprießliche Arbeit wurde geleistet, so daß daraus entnommen werden konnte, daß die Zeitung in guten Händen lag. Nach Bekanntgabe des Kasselerberichts und Verlesung der Restanten folgte eine lebhafteste Debatte über den Antrag Einführung von Reformen zugunsten unserer Erwerbslosen: Beschäftigung über Abführung eines Prozentfußes von jeder geleisteten Überstunde. Nachdem sich die Mithrasischen Aussprache geglättet hatten, fand der Antrag mit übergroßer Mehrheit Annahme. Zweck des Antrags soll sein, jede Überarbeit zu vermeiden, um unsern Erwerbslosen wieder Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Ebenfalls zugunsten der Erwerbslosen wurde der Beitrag, der mit dem Sonderbeitrag der Zentrale 2,60 M. beträgt auf 3 M. ab 26. Januar erhöht. Die Neuwahler des Vorstandes brachten keine wesentliche Veränderung, bis auf einen Beisitzer, der eine Wiederwahl ablehnte. Ebenfalls ergaben die Wahlen der Parteidelegierten und des Revisors die Wiederwahl der bisherigen Kollegen.

r. Oberdorf a. N. Bei Eröffnung unserer gut besuchten Generalversammlung am 18. Januar entbot Vorsitzender Zimmermann an 100 kollegialen Gruß und ließ die seit einem Jahre hier inaktivierten vier Kollegen, die sich auf Einladung eingefunden hatten, besonders herzlich willkommen. Der ausführliche Bericht des Vorsitzenden zeichnete ein klares Bild von den wichtigsten Vorgängen und der vielen Kleinarbeit, die sich innerhalb der Wittgensteinschaft vollzog. Die Liste über den Besuch der Versammlung wies leider manche Lücke auf und wäre ein stärkeres Interesse nach dieser Richtung zu wünschen. Zahlreicher wie nur einmal zuvor war dagegen der hier abgehaltene Besuch seitens durchreisender Kollegen. Der Bericht des Kassierers über die Vereinstafel wies aber trotzdem noch ein befriedigendes Ergebnis auf. Bezirksvorsitzender Wosnemann gab einen Bericht über seine Tätigkeit und die Vorgänge im Bezirk Oberer Schwarzwald, das rege Interesse infolge des guten Besuchs der Versammlungen durch die einzelnen Wittgensteinschaften und das Entgegenkommen des Gewerkschaftsstandes hervorhebend. Erwähnung fand, daß neben dem Ortsverein Trasslingen auch der Bezirksverein „Oberer Schwarzwald“ feuer sein 25-jähriges Bestehen begehen kann. Auch Bezirkslehrlingsleiter Baummann referierte über das, was sich in den Reihen der Jungbuchdrucker ereignete und konnte gute Ergebnisse sowohl auf der Landesgewerbeausstellung Stuttgart als auch bei Wettbewerben feststellen. Weniger hoffnungsvoll ist dagegen das starke Anwachsen der Lehrlingszahl im Bezirk. Auch die Bildungsverbandsorganisation hat Fortschritte zu verzeichnen, was ein im Dezember im „Schwarzwälder Bote“ wieder durchgeführter Internatwettbewerb bestätigte. Bei Vornahme der Wahlen legte der erste Vorsitzende Zimmermann sein Amt nach dreijähriger guter Verwaltung nieder. An seiner Stelle wurde Kollege Rehnert gewählt. Der zweite Vorsitzende, Kollege Hoffmann, der seit 30 Jahren in allen Ämtern des Ortsvereins tätig war, trat endgültig zurück, um auch jüngeren Kräften Gelegenheit zur gewerkschaftlichen Betätigung zu geben. An seine Stelle trat ein anderer Kollege. Allen Funktionären wurde der verdiente Dank zum Ausdruck gebracht. Unter „Verabschieden“ wurden noch einige interne Angelegenheiten besprochen und zu gewerkschaftlicher Arbeit wie beruflicher Fortbildung Anregung gegeben, worauf die gut verlaufene Versammlung ihren Abschluß fand.

Offenbach a. M. (Bezirksversammlung am 18. Januar.) Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden das Andenken des verstorbenen Kollegen Fischer, der in wenigen Wochen sein 50-jähriges Lebensjubiläum hätte feiern können. Er war einer jener Kollegen, die auch in sturmbelegten Tagen ihren Mann gestanden haben, nicht als Papierjohnd, deren es heute eine Menge gibt, sondern als Funktionär in verschiedenen Ämtern. Den hierauf folgenden Mitteilungen schloß sich eine Berichterstattung von der Gewerkschaftskonferenz durch den Kollegen Fischer, der davon teilgenommen hatte, an, die mit Befriedigung entgegengenommen wurde. Verschiedene Geldbewilligungen fanden die einstimmige Genehmigung der Versammlung. Nachdem dann ein Bericht über die Eignungsprüfung der Lehrlinge und die Auslichten derselben im Besuche hierorts vorgetragen, gelangten noch einige lokale Angelegenheiten zur Besprechung und Erledigung.

Stuttgart. Eine gut besuchte Versammlung am 17. Januar ehrte zuerst das Andenken von fünf verstorbenen Kollegen. Unter ihnen befand sich Adolf Dengler. Er war mit kurzen Unterbrechungen fast 25 Jahre teils Beisitzer, teils Schriftführer im Gewerkschaftsamt, aus dem er auf eignen Wunsch ausschied, um einem jüngeren Kollegen Gelegenheit zum Mitwirken zu geben. Als langjähriger Reiseleiterverwalter lernten ihn viele durchreisende Kollegen kennen. Die Organisation delegierte ihn als Aufsichtsratsmitglied in den Verwaltungsausschuß des Gewerkschaftshauses. Alle übernommenen Pflichten hat er gewissenhaft erfüllt. Nur Krankheit konnte ihn am Besuche der Versammlungen hindern. So konnte der Vorsitzende, Kollege Schröder, ihn als Vorsitz der Trauer allen zur Nachahmung empfehlen. Dem Kollegen Klein, der zur Kur im Allgäu weilte, galten die besten Wünsche der Versammlung für volle Genesung, um ihn nach dieser wieder in gewohnter Frische und Bollkraft seine erfolgreiche Tätigkeit aufnehmen zu sehen. Die nunmehr bald in Erscheinung tretende Einstellung von Lehrlingen macht es allen Funktionären und Kollegen zur Aufgabe, ihre Aufmerksamkeit auf die Höchstzahlen zu lenken. Im verflochtenen Jahre, mit seinem wechselnden Geschäftsgang, war die Gehilfenzahl unstetig. Aus diesem Anlaß muß der genaue Durchschnitt errechnet werden, der allein für die Einstellung von Lehrlingen maßgebend ist. Überfreitungen sollen sofort nach deren Bekanntwerden zum Abstellen auf dem Geschäftsjahre gemeldet werden. Die Wahl von zehn Vertretern Stuttgarts für eine eventuelle Ortsvertreterkonferenz, wie solche der letzte Gattag beschlossen hat, erfolgte nach den Vorschlägen der Sparten. Bei der Wahl eines Revisors zur Gattage wurde Handwerkerkollege Friedrich Rupp neugewählt, während die bisherigen Kollegen als Revisoren wieder befristet wurden. Die Ausschüsse bestritten ein „Linienfreier“ und ein „Linienzweier“ Kommunit, um die sonst so brüchige Einheitsfront zu demonstrieren. Ersterem waren die 10 Pf.-Einzelnote zu viel. Die Unterstützung der Arbeitslosen sollten aus laufenden Einnahmen bestritten werden. Seine weiteren Ausführungen galten den Gründen, warum und aus welchen Ursachen Opposition getrieben werde. Sein härterer Bruder verlangte mehr Toleranz bei Ausschüssen aus der Gewerkschaft. Auch er, als einer der Führer, der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“, verteidigte das Vorgehen seines Anhangs. Nach seiner Ansicht treiben seine Kreise nur zum Segen der Gewerkschaften Reize in die Arbeiterfront. Der drohende Ausschluß schien ihm nicht recht zu gefallen. Ein weiterer Redner gab ihm die richtige Antwort: Wer seine Gewerkschaft schädige, müsse ausgeschlossen werden. Das sei selbstverständliche Pflicht. Dem Einzelbeitrag zum Zweck der Arbeitslosenunterstützung stimmte dieser Kollege zu. Auch die Zurückhaltung über die Aussprache zur Tarifberatung vor Antizipationsaustausch konnte er billigen. In kurzem Schlusswort ging Kollege Gebelberger auf die Ausführungen der Opposition ein. Die „Noch-mehr-Toleranz“-Forderung konnte er mit der Frage: „Wer ist toleranter als wir?“ abtun. Ein Geheimbegehren der RPD, an die Konferenzleiter bei den Reichs- und Bezirkskonferenzen der „revolutionären Gewerkschaftsopposition“, der Anleitung gab, wie dem Gewerkschaftsamt beizukommen sei, unterfertigten seine Ausführungen. Dazu kam ein Handzettel der „Stahlfelmer“, die der Arbeit der „revolutionären“ Spalter Anerkennung zollen und zur Nachahmung ihrerseits empfehlen, welcher dem Toleranzforderer recht unangenehm in den Ohren klang. Wer sich an den Bezirkskonferenzen um der revolutionären Gewerkschaftsopposition beteiligt, stellt sich selbst außerhalb ihrer Reihen, war der Schlüssel. Ein dritter Punkt: Vortrag des Kollegen Heinrichs vom Textilarbeiterverband über das Thema „Der heutige Stand des Arbeitsrechts“ festsetzte die Kollegen beinahe zwei Stunden. Dem fließend Vortragenden gelang es, die uns so viel beschäftigende Materie in ganz neuem Licht zu zeigen. Seinem Urteil, die alten Juristen kommen hier nicht mehr mit, kann man sich ohne weiteres anschließen, uns selbst geht es ja nicht besser. Den vom „Schlichtungsschwindel“ Nebenben legte Redner so klar, was wir durch das Schlichtungswesen gewonnen haben, daß sie in Zukunft mit dem Vorurteil und dem Verurteilen vorstreichend sein werden. Kein Zweig des Arbeitsrechts wurde außer acht gelassen. Besonders die Lohnaufrechnung mit Schadenersatzforderungen nach den Tarifberechnungen wurden erläutert. Sie unterliegen der Lohnaufrechnungsordnung und können nicht in willkürlicher Höhe vorgenommen werden. Der Referent erntete für seine leicht fasslichen Ausführungen förmlichen Beifall und namens der Versammlung den Dank des Vorsitzenden.

Fachauschüssen die Gehilfenprüfungsarbeiten zum Austausch zur Verfügung zu stellen. Die Gaulehrlingsleiter werden gebeten, die ihnen zugehenden Gehilfenprüfungsarbeiten auf Wunsch auch den Fachauschüssen vorzulegen. Gaue mit mehreren Fachauschüssen wird der Verbandsvorsitz nach Möglichkeit verstärkt mit Gehilfenprüfungsarbeiten betrauen.

Nachahmeswertes Beispiel. Wie alljährlich, so erfreute auch im Vorjahre die Firma Wilhelm Herr, Buch- und Steinindustrie, in Gießen ihr Personal zu Weihnachten mit einem praktischen Geschenk.

Plakate der Kuantgarde in München. Das Graphische Kabinett (Zeitung Günther Franke) in München, Briennestraße 10, zeigt im Februar die Sammlung San Tischold, in der die Führer des neuen Plakats wie Art (Zürich), Cassandre (Paris), Burcharj (Wien), Wegel (Jena), Ljitsch (Moskau), Wolohj-Nagg (Berlin), Wolohj, Schlemmer (Breslau), Schultema (Köln), Gutnar (Prag), Trump, Tischold (München), Zwart (Den Haag) und andre gezeigt werden.

Der Fahrkartenerwerb der Reichsbahn. Der Jahresabsatz der Deutschen Reichsbahngesellschaft beläuft sich auf ungefähr eine Milliarde Fahrkarten. Es wäre vielleicht eine nette Beschäftigung für müßige Stunden, auszurechnen, eine wie viele Kilometer lange Stange diese Karten aneinandergereiht ergeben würden bzw. welche Fläche man damit bedecken könnte. Allzu groß wäre die Fläche nicht, aber die deutschste Vorstellung von der ungeheuren Menge dieser Karten macht wohl die Tatsache, daß die für alle Karten zusammengekommen notwendige Papiermenge etwa 1200 Tonnen wiegt, daß also ein ganzer Güterzug damit beladen werden könnte. Mit der Herstellung dieser unabhäufigen Menge von Papierstücken sind allein 17 Druckerien beschäftigt, aber inzwischen hat die Deutsche Reichsbahngesellschaft auch in den meisten wichtigeren Fahrkartentellen bereits mehr als 1600 Fahrkartendrucker aufgestellt, die jede gewünschte Karte nach rascher Einstellung drucken.

Der älteste Kalender. Es dürfte nicht allgemein bekannt sein, daß der älteste Kalender der jüdische ist, der seit 3761 vor Christo besteht, also 5890 Jahre alt ist. Dilem ältesten Kalender gegenüber verdient auf einen Kalender hingewiesen zu werden, der die kürzeste Lebensdauer aller Zeitrechnungen hatte. Es war der Kalender der französischen Revolution, der 1793 eingeführt und bereits 1805 durch Napoleon wieder abgeschafft wurde. Er bestand also nur zwölf Jahre.

Forderung des Siebenstundentages für Bergarbeiter. Vom Verband der Bergindustriearbeiter wurde den gelegenden Körperschaften eine Denkschrift zugewendet, in der die siebenstündige Schicht gefordert wird. In der Denkschrift wird der Nachweis geführt, daß die Forderung nicht nur wirtschaftlich durchführbar ist, sondern daß die Bergarbeiter auch einen Anspruch auf die Verwirklichung ihres Verlangens haben. Die siebenstündige Schicht wurde nach dem Krieg in den wichtigsten Revieren eingeführt und bestand bis Ende 1923. Sie ist in den zur Zeit geltenden Rahmenverträgen auch jetzt noch festgelegt. Durch Gesetz vom 17. Juli 1922 wurde sie auch gesetzlich garantiert. Im November und Dezember 1923 fanden in fast allen Revieren Verhandlungen zwecks Abschluß von Überarbeitsabkommen statt. Bei diesen Verhandlungen wurde von den Unternehmervertretern wiederholt erklärt, das Ziel einer Vereinbarung müsse die Erreichung der Vorkriegsleistung sein, und in den dann zustande gekommenen Überarbeitsabkommen ist dieses Ziel schriftlich festgelegt worden. Aus den Abmachungen geht hervor, daß die Überarbeit nur eine befristete sein sollte. Heute ist die Vorkriegsleistung in allen Bergbaurevieren, mit Ausnahme von Sachsen, wo ein abtender Bergbau mit sehr unglücklichen geologischen Verhältnissen kämpft, nicht nur erreicht, sondern weit überschritten. Die Forderung der Bergarbeiter auf Einführung der Siebenstundenschicht unter Tage muß also verworfen werden. Die Einführung des feinerzeit gegebenen Versprechens ist jetzt fällig.

Arbeitslosigkeit bedeutet Kapitalverschwendung. Im Gesamtausschlag zur Wahrung der Interessen der deutschen Metallwirtschaft hielt kürzlich der Generaldirektor der Vereinigten Aluminiumwerke, Dr. von der Forten, eine bemerkenswerte Rede, die nach verschiedenen Richtungen hin sehr aufschlußreich war. Er beschäftigte sich u. a. mit der Arbeitslosigkeit, der Rationalisierung und den Schäden, die die Außenberufstellung von zahlreichem menschlichen Arbeitskräften bedeutet. In diesem Zusammenhang ließ sich der genannte Vertreter der Großindustrie folgendermaßen aus: „Da die Rohstoffkosten für den einzelnen Betrieb nicht unänderlich sind, wurde versucht, Erparnisse beim Entgelt für Arbeitsleistungen zu erzielen, menschliche Arbeitskräfte durch rationell arbeitende Maschinen zu ersetzen. Die Erzielung von Erparnissen wird allerdings wieder in Frage gestellt, wenn diese Maschinen nicht voll beschäftigt sind. Die gleichen Gründe, die in anderen Ländern zum Erlaß menschlicher Arbeitskraft durch die Maschine führten, rechtfertigen in Deutschland solch einen Beschluß noch keineswegs. Man darf nicht vergessen, daß jebermann, der durch Rationalisierung eines Betriebes arbeitslos wird, die deutsche Wirtschaft mit rund 1100 M. pro Jahr belastet. Schlichtlich stellt jeder in der Wirtschaft stehende Mann — volkswirtschaftlich gesehen — genau so eine Kapitalanlage dar wie eine Maschine. Jeder neu in die Wirtschaft eintretende Erwerbstätige hat der Allgemeinheit bereits rund 14 000 M. gestiftet. Ich habe durch sorgfältige Nachprüfung in großen Betrieben festgestellt, daß für die Neueinstellung je eines Erwerbstätigen die Aufwendung für neu zu beschaffende Maschinen, Werkzeuge, den für ihn notwendigen Platz, die Wohnfahrts-einrichtungen usw. durchschnittlich 6000 M. zu investieren sind. Seine Erziehung in Schule, Fortbildungsanstalt und Werkstatte erfordert pro Kopf mindestens 2000 M. Für Wohnung, Verkehrs-, sanitäre Einrichtungen, öffentliche Ordnung ist ein weiterer Betrag von 6000 M. sicherlich eher zu niedrig als zu hoch gegriffen. Mit jedem Erwerbstätigen über 18 Jahre, den wir danach aus dem Betrieb ausschließen und durch Maschinenarbeit ersetzen, wird das Volkswirtschaften um diese Ausgaben so lange geschädigt, als der Betroffene nicht die Möglichkeit hat, an anderer Stelle produktiv zu wirken. Es besteht also ein Interesse des Unternehmers an der Beschäftigung von Ar-

Allgemeine Rundschau

An die Gaulehrlingsleiter! Wir verweisen auf die Rundschau Nr. 7, wonach der Bericht über die Lehrlingsabteilung bis zum 1. Februar eingehend sein sollte. Es fehlt aber noch eine ganze Anzahl Berichte aus. Von einigen Fachauschüssen wurde der Wunsch geäußert, die den Lehrlingsvereinen überwiegenen Rundsendungen mit Gehilfenprüfungsarbeiten auch den Fachauschüssen zugänglich zu machen. Vom Verbandsvorsitz ist schon bei verschiedenen Gelegenheiten auf die Erfüllung dieses Wunsches hingewiesen und gebeten worden, ihm möglichst aus allen

